

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union
(21. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Diether Dehm, Alexander Ulrich, Dr. Hakki Keskin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/7446 –**

Intransparenz beenden – Eine lesbare Fassung des Reformvertrags schaffen

A. Problem

Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben am 13. Dezember 2007 den Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft unterzeichnet. Der Vertrag von Lissabon ist ein Änderungsvertrag, durch den der Vertrag über die Europäische Union und der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft im umfangreichen Maße modifiziert und ergänzt werden. Eine konsolidierte Fassung der durch den Vertrag von Lissabon geänderten Verträge wurde vom Rat der Europäischen Union bis zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht veröffentlicht.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung dazu auf, beim Rat der Europäischen Union auf die Erarbeitung einer konsolidierten Fassung des Vertrags von Lissabon hinzuwirken, die den Bürgerinnen und Bürgern schnellstmöglich in geeigneter Form unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden müsse, damit eine breite öffentliche Debatte über den Vertragsentwurf stattfinden könne, und vorher den Vertrag nicht zu unterzeichnen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/7446 abzulehnen.

Berlin, den 23. April 2008

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Gunther Krichbaum
Vorsitzender

Michael Stübgen
Berichterstatter

Michael Roth (Heringen)
Berichterstatter

Markus Löning
Berichterstatter

Dr. Diether Dehm
Berichterstatter

Rainer Steenblock
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Michael Stübgen, Michael Roth (Heringen), Markus Löning, Dr. Diether Dehm und Rainer Steenblock

1. Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/7446** in seiner 151. Sitzung am 13. März 2008 beraten und federführend an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und mitberatend an den Auswärtigen Ausschuss sowie den Rechtsausschuss überwiesen.

2. Inhalt der Vorlage

In ihrem Antrag kritisiert die Fraktion DIE LINKE., dass der Vertrag von Lissabon in der veröffentlichten Form nicht transparent und für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar sei. Die geänderten Regelungen seien nur erkennbar, wenn neben den Änderungsvertrag die geltenden Texte des Vertrags über die Europäische Union, des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und der gescheiterte Verfassungsvertrag gelegt würden. Eine breite öffentliche Debatte über den Vertrag von Lissabon sei so nicht möglich.

Der Deutsche Bundestag wolle die Bundesregierung aufordern

- beim Rat der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass den Bürgerinnen und Bürgern eine konsolidierte Fassung der geänderten Verträge unentgeltlich zur Verfügung gestellt werde,
- schnellstmöglich über die Bundeszentrale für politische Bildung eine Synopse des Vertrags von Lissabon im Vergleich zum Verfassungsvertrag und zum Vertrag von Nizza vorzulegen,
- den Vertrag erst nach Vorlage einer konsolidierten Fassung und einem umfassenden zivilgesellschaftlichen Dialog zu unterzeichnen.

3. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 62. Sitzung am 23. April 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 96. Sitzung am 23. April 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung eines Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

4. Beratungsverfahren im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/7446 in seiner 58. Sitzung am 9. April 2008 beraten.

Der Vorsitzende teilte mit, dass nach Auskunft des Auswärtigen Amtes das Sekretariat des Rates der Europäischen Union eine konsolidierte Fassung der durch den Vertrag von Lissabon geänderten Verträge in allen Amtssprachen der Europäischen Union am 15. April 2008 im Internet und am 9. Mai 2008 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** unterstrich, dass die von ihr geforderte Veröffentlichung einer konsolidierten Fassung dazu dienen soll, die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme am Diskurs über den Vertrag von Lissabon einzuladen. So könnte in Ermangelung einer Volksabstimmung zumindest eine umfassende Diskussion in der Bevölkerung ermöglicht werden. Statt in einem offenen und transparenten Verfahren werde der Reformvertrag hinter dem Rücken der Völker der Europäischen Union ratifiziert. Aus diesem Grund werde die Fraktion DIE LINKE. trotz der angekündigten Veröffentlichung einer konsolidierten Fassung nicht auf den Antrag verzichten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, die in dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. zum Ausdruck gebrachte Kritik, dass der Rat der Europäischen Union eine konsolidierte Fassung des Vertrags von Lissabon nicht früher vorgelegt habe, sei grundsätzlich berechtigt. Durch die Ankündigung der Veröffentlichung einer konsolidierten Fassung am 15. April 2008 sei dem Anliegen Rechnung getragen. Da die Fraktion DIE LINKE. jedoch von Beginn an erklärt habe, dass sie dem Vertrag von Lissabon nicht zustimmen werde, sei die Forderung nach mehr Transparenz in der Europapolitik unglaubwürdig.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** pflichtete der Kritik an der späten Veröffentlichung einer konsolidierten Fassung des Reformvertrags bei. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. habe sich jedoch in dieser Form erledigt, da die Bundesregierung den Vertrag von Lissabon am 13. Dezember 2007 unterzeichnet habe. Der Antrag sei zwar wenige Tage vor der Unterzeichnung eingebracht, aber zu spät zur Abstimmung gestellt worden.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 59. Sitzung am 23. April 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/7446 abzulehnen.

Berlin, den 23. April 2008

Michael Stübgen **Michael Roth (Heringen)** **Markus Löning** **Dr. Diether Dehm** **Rainer Steenblock**
Berichterstatter Berichterstatter Berichterstatter Berichterstatter Berichterstatter

